

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Wolff, Frank
Die Mauergesellschaft

Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961-1989

© Suhrkamp Verlag
suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2297
978-3-518-29897-8

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 2297

Die Mauer sicherte nicht bloß eine Grenze, sie definierte Deutschland im Kalten Krieg. Von der aktiven Befürwortung über die stille Akzeptanz bis hin zum Widerstand einte die geteilte deutsche Gesellschaft, dass sie sich ihrer Existenz nicht entziehen konnte. In seiner brillanten und faktenge-sättigten Studie zeichnet der Historiker Frank Wolff diese Verhältnisse auf beiden Seiten der Grenze im Detail nach und zeigt unter anderem, dass die in der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit eher stiefmütterlich be-handelte Forderung nach Reisefreiheit, der sich darum in der Bevölkerung entwickelnde Menschenrechtsdiskurs sowie die Ausreisebewegung selbst entscheidend für den Fall der Mauer waren.

Frank Wolff, geboren 1977, ist Privatdozent für Neue und Neueste Ge-schichte an der Universität Osnabrück.

Frank Wolff
Die Mauergesellschaft
Kalter Krieg, Menschenrechte
und die deutsch-deutsche Migration
1961-1989

Suhrkamp

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Erste Auflage 2019

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2297

© Suhrkamp Verlag Berlin 2019

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag nach Entwürfen

von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-29897-8

Inhalt

| | |
|------------------|---|
| Einleitung | 9 |
|------------------|---|

I. Teil: Ordnung (1961-1967)

| | |
|--|-----|
| 1. »Vielleicht hätte ich mir nur Zigaretten geholt und wäre wiedergekommen«: Ordnungssuche nach dem Mauerbau | 91 |
| 2. Regulierungsfolgen und Agency: Sozialprofil der frühen Auswanderung | 162 |
| 3. Hektischer Attentismus: Westdeutsche Deutungsansprüche | 234 |
| 4. Der gesamtdeutsche Auftrag: Ein Sittengemälde | 274 |
| 5. Neudefinition des deutschen Flüchtlings | 318 |

II. Teil: Kontakte (1967-1975)

| | |
|---|-----|
| 1. Kampfmittel der Abgrenzung: Die Staatsbürgerschaft der DDR | 351 |
| 2. Migration als Belastung der Annäherungspolitik | 382 |
| 3. Ein migrationshistorischer Gärtsatz: Neue Deutschlandpolitik, Flucht und Ausreise | 420 |
| 4. »Werter Genosse Honecker«: Eingaben im Lichte der neuen Deutschlandpolitik | 451 |
| 5. Bildung und Hilfe: Konservative Organisationen und der deutschlandpolitische Wandel | 480 |

III. Teil: Menschenrechte (1975-1989)

| | |
|--|-----|
| 1. Erst Begegnung, dann Bewegung: Internationalisierung und Kontrollverlust | 529 |
|--|-----|

| | |
|---|------|
| 2. Ministerium des Innern, Staatssicherheit und Ausreisende: Wissen und Macht in einer asymmetrischen Dreiecksbeziehung | 557 |
| 3. »Alle Wege führen über Helsinki«: Die Mobilisierung von Recht in dessen Abwesenheit | 598 |
| 4. Im Namen der Menschenrechte: Öffentlicher Druck durch neue Akteure der Mauergesellschaft | 651 |
| 5. Das Ende eines gefühlten Tabus: Ausreise als bundesdeutsches Politikum | 720 |
| 6. Vom »an sich« zum »für sich« der Ausreise: Auswanderung als soziale Bewegung? | 749 |
| 7. Präludium des Falls: Botschaftsbesetzungen als neue Form der Flucht | 824 |
| 8. Der lange Sommer der Emigration: Die Selbstauflösung der Mauergesellschaft 1989 | 843 |
| Epilog oder: Jenseits aller Inseln | 904 |
| Dank | 925 |
| Häufig verwendete Abkürzungen | 928 |
| Für die Migrationsunterdrückung wichtige Paragrafen des StGB der DDR | 931 |
| Genutzte Archive und Sammlungen | 932 |
| Literatur und veröffentlichte Quellen | 936 |
| Namenregister | 1013 |
| Ausführliches Inhaltsverzeichnis | 1021 |

»Übrigens war dieses Land [...] vor Zeiten noch keine Insel. Vielmehr hat erst Utopus, der als Eroberer die Insel nach sich benannt hat, [...] das Land zur Insel gemacht. Kaum war er nämlich dort gelandet und Herr des Landes geworden, so ließ er eine Strecke von 15 Meilen auf der Seite, wo die Halbinsel mit dem Festlande zusammenhing, ausstechen und führte so das Meer ringsherum. Da er zu dieser Arbeit [...] nicht nur die Eingeborenen zwang, sondern außerdem alle seine Soldaten hinzuzog [...], wurde das Werk mit unglaublicher Schnelligkeit vollendet. Bei den Nachbarvölkern aber [...] erregte der Erfolg Staunen und Schrecken.«

Thomas Morus, *Utopia* (1516)

»Eines der ersten Ziele der Disziplin ist das Festsetzen – sie ist ein gegen das Nomadentum gerichtetes Verfahren.«
Michel Foucault, *Überwachen und Strafen* (1975)

Einleitung

1963 feierte Berlin ein besonderes Weihnachten. Zum ersten Mal seit zweieinhalb Jahren hatten die Einwohner wieder das Gefühl, in einer Stadt zu leben. Kurzzeitig erschien die erzwungene Spaltung in zwei Teile wie ein böser Spuk. Mit dem Bau der Berliner Mauer war eine Demarkationslinie zur Barriere gemacht worden: Straßen und Bahnverkehr wurden unterbrochen, allen Berlinern wurde der Grenzübertritt verboten, sogar die Telefonleitungen wurden gekappt. Doch war man noch *ein* Berlin! Weihnachten 1963 erlaubten die Passierscheinregelungen den West-Berlinern, für ein paar Tage ihre Ost-Berliner Verwandten zu besuchen. Endlich fühlte sich die Stadtmitte wieder so belebt an wie das Herz einer Großstadt; an der Bruchstelle zwischen den Systemen, an der Friedrichstraße, herrschte wohliges Verkehrschaos. Aber war man wirklich noch *ein* Berlin? Der Journalist Dieter Hildebrandt von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) wohnte einem Wiedersehen in Ost-Berlin bei. Über die Mauer hinweg hatten die Verwandten sich herzliche Briefe geschrieben, Päckchen geschickt und gegenseitig Mut und Kraft zugesprochen. Das emotionale Wiedersehen begann mit Umarmungen, Begrüßungen und Bewunderung für die Kleinen. Doch bereits nach fünf Minuten stritt die geteilte Familie. Freuten sich die West-Berliner Gäste über die Besuchserlaubnis, sehnte der Ost-Berliner Vater dasselbe Recht für sich herbei – oder »wenigstens für alte Menschen«. Seine westdeutschen Verwandten wiesen ihn »ein bißchen obenhin« zurecht. Er solle »nun aber nicht gleich zu viel auf einmal wollen, schließlich sei die Passierscheinvereinbarung doch schon eine großartige Sache«. Der Hausseggen hing schief. Ging es darum, gemeinsam gleiche Rechte gegen die Existenz der Mauer einzufordern, oder vielmehr, Willy Brandt folgend, darum, die Mauer »transparent zu machen, so daß Westberlin sich mit ihr arrangieren kann und lernt, mit diesem verhaßten Monster zu leben«?¹ »Nie wurde«, vermerkte der ernüchterte Beobachter Hildebrandt, »daß man getrennt war und getrennt sein würde,

1 Zit. n. Peter Merseburger, *Willy Brandt: 1913-1992: Visionär und Realist* (München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2002), 436 f.

so spürbar, wie in den Stunden des Beisammenseins.«² Glücklicherweise besänftigten sich die Gemüter an diesem Tag wieder. »Weißt du«, erklärte der sich eingesperrt fühlende Vater, »manchmal packt einen eben doch die Wut, wenn man gar nicht raus kann.«³

Bonn, 13. September 1973. Hinter verschlossenen Türen verhandelten Vertreter beider Deutschlands über die Ausgestaltung der jüngst aufgenommenen zwischenstaatlichen Beziehungen. Oft ging es dabei um Reisegenehmigungen, Familienzusammenführungen und den Transitverkehr zwischen dem Bundesgebiet und West-Berlin. Für den SED-Staat galt ein jedes Transitfahrzeug als potentielles Fluchtvehikel. Karl Seidel, Vertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), forderte unter vier Augen den Vertreter des Bundeskanzleramts Carl-Werner Sanne auf, darzulegen, was seine Seite gegen »Mißbrauchshandlungen im Transitverkehr«, also gegen Fluchthilfe, unternehme. Sanne hielt sich an seine vorbereiteten Notizen. Ihm seien unter den 12 Millionen Transitreisenden nur 257 derartige Fälle bekannt. Es liege an der DDR, diese Wege zu kontrollieren. Angetan notierte Seidel, dass Sanne hervorgehoben habe, er besitze »für eine stärkere Überwachung volles Verständnis«. Zudem habe Sanne besonders betont, dass die sozialliberale Bundesregierung zur Empörung der Opposition – also der CDU/CSU – mehrfach deutlich gemacht habe, dass sie ebenso wie die DDR »jeden Mißbrauch des Abkommens mißbillige«.⁴ Mit dieser Klarheit ging Sanne weit über das in der Bundesöffentlichkeit Sagbare hinaus, Seidel jedoch empfand dies als unbefriedigend und den Aufruf, die Grenzsicherung bei Bedarf zu verschärfen, gar als bevormundend. Wohlwollend meldete er hingegen den versteckten Kern in Sannes Aussagen: »Die Bundesregierung und der Bundeskanzler persönlich hätten sich bemüht und werden sich weiter darum bemühen, auf die Presse und sonstige Stellen einzuwirken, daß grundsätzlich so wenig wie möglich über Republikflucht geschrieben werde. Es liege im Interesse beider Seiten, die öffentliche Diskussion zu beenden.«⁵

2 Dieter Hildebrandt, *Die Mauer ist keine Grenze: Menschen in Ostberlin* (Düsseldorf, Köln: Diederichs, 1964), 176.

3 Ebd.

4 PAAA, MfAA G-A 292, HG 2, L 35, 17.

5 PAAA, MfAA G-A 292, HG 2, L 35, 18.

Trotz aller Differenzen stimmten die Staatenvertreter darin überein, dass die erhoffte Stabilität der Beziehungen nur ohne eine hitzige öffentliche Diskussion über Migration zu erreichen sei.⁶ Zu groß war die beiderseitige Unsicherheit, wie man mit den Ausreiseversuchen und den Berichten darüber umgehen sollte. Schließlich waren selbst einfache Schilderungen mögliche Inspirationsquellen für weitere Übersiedlungswünsche. Bereits das bloße Thematisieren von Migration schien die zwischenstaatlichen Beziehungen zu gefährden, da die Frage der Freizügigkeit den neuralgischen Punkt der eingemauerten, aber instabilen DDR berührte.

Anfang 1984 in Hamburg arbeitete sich die Redaktion des *Spiegel* routiniert und sicherlich etwas bemüht an den Themen der Woche ab. Nach wilden Jahren voller Regierungskrisen, Neuwahlen, Aufrüstungsdebatten und Staatsaffären fehlten nun die Kracher. Das Magazin titelte mit zweitrangigen Skandalen: Horrorfilme als jugendgefährdende Schreckgespenster oder die Geschäfte der Bhagwan-Sekte. Doch im Frühjahr 1984 zeichnete sich etwas Unerhörtes ab. Ohne Ankündigung wanderten Zehntausende Ostdeutsche legal in die Bundesrepublik aus. Zwar war den Redakteuren bewusst, dass hinter der Mauer infolge der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki zahlreiche Ausreiseanträge gestellt und durchgesetzt worden waren, doch im Gegensatz zu den sensationellen Grenzdurchbrüchen Anfang der 1960er Jahre waren diese »Mühen der Ebenen« nicht titelträchtig.⁷ Nun aber herrschte Verwunderung, was erstens den

6 Den Begriff der Migration verwende ich als Terminus technicus und damit als eine Analyse erlaubendes, begriffliches Dach für die zahlreichen anderen und oft hochgradig normativ aufgeladenen Begriffe für die deutsch-deutsche Migration wie Flucht, Republikflucht, Übersiedlung, Ausreise, ungenehmigter Grenzübertritt usw. Die sich wandelnden Konnotationen dieser Quellenbegriffe sind Bestandteil der Analyse, die Nutzung von Migration als Phänomenbegriff dient der wissenschaftlichen Rahmung und der analytischen Normalisierung des Betrachtungsgegenstands.

7 In seinem Gedicht »Wahrnehmung« (»Die Mühen der Gebirge liegen hinter uns/ Vor uns liegen die Mühen der Ebenen«) sah Bertolt Brecht 1949 den Aufbau des Kommunismus nach dem Sturz des Nationalsozialismus als eine wenig spektakuläre, aber umso mehr Ausdauer und Stetigkeit erfordernde Aufgabe. In ironischer Verkehrung standen nun auch die Ausreiseantragsteller vor einer solchen Anstrengung.

SED-Staat zur schlagartigen Entlassung Zehntausender Staatsbürger bewegt haben mochte, wie zweitens diese Personen dies erreicht hatten – und vor allem drittens: was das für die Bundesgesellschaft bedeutete. Das Thema Ausreise brachte die DDR und ihre Bewohner auf das Cover des einflussreichen deutschen Wochenjournals. Auf dem Titelbild des *Spiegel* vom 2. April 1984 prangte flächendeckend ein Vorhang mit dem Emblem der Flagge der DDR: Mitig eingeschnitten, lüftete sich eine Ecke und durch diese strebten Ausreisende mit Leiterwagen gen Westen. Das Cover rekurrierte auf im kollektiven Gedächtnis eingebrannte Bilder von Heimatvertriebenen. Auch die Titelzeile rüttelte an den gerade verdrängten Erinnerungen und verwies verfremdet auf die Uranst des Kalten Krieges schlechthin: »Die Deutschen kommen«. Den nachfolgenden ausführlichen Bericht überschrieb die Redaktion, wie bei Migrationsthemen oft üblich, mit einem zitierten Angstausschlag: »Die nehmen uns die Arbeitsplätze weg!«

Auf den ersten Blick mögen diese drei Episoden nicht viel miteinander gemein haben. Aber die Szenen der weihnachtlichen Eintracht im Kreise der Familie, des zähen diplomatischen Ringens zwischen Vertretern zweier deutscher Staaten und der öffentlichen Thematisierung der deutsch-deutschen Migration durch eine führende Nachrichtenredaktion im Westen bilden den Rahmen eines für die gesamtdeutsche Nachkriegszeit prägenden Spannungsfeldes: Dem unbedingten Wunsch nach grenzüberschreitender Mobilität stand die Gewöhnung an unterschiedliche Rechte für Deutsche aus Ost oder West, verschiedenen Alters oder verschiedener Funktionen und teilweise sogar der Wille zur Abgrenzung gegenüber. Der Historiker Jürgen Kuczynski war nicht der Einzige, der den Bau der Mauer »[a]ls ein Glück« empfand, als »die einzige Möglichkeit der Weiterexistenz der DDR unter diesem Verhältnis«. ⁸ In der Tat stabilisierte die Mauer eine fragile Situation, indem sie die Abwanderung stoppte. Doch zugleich erhöhte sie den Abwanderungsdruck.

Im Schatten der Mauer gingen Politiker, die über die jeweils andere Seite triumphieren wollten, aufeinander zu – und sorgten sich vor einer öffentlichen Debatte über Ausreise und Freizügigkeit. Die Folgen dieser Annäherung schlugen sich auch medial nieder: Nach

8 Hoover Institution Archives, GDR Oral History Project, Box 13, 75, Interview Heinrich Bortfeld mit Jürgen Kuczynski, 10. Januar 1991, Typoskript, Bl. 3-4.

der Anfangsaufregung akzeptierten zahlreiche tonangebende bundesdeutsche Medien die gemauerte Teilung als einen auf Dauer angelegten Ausnahmezustand. Berichtenswert wurde dieser nur mehr, wenn sich Sensationelles ereignete. Damit übersahen sie lange Zeit das Sensationelle einer unkoordinierten Massenbewegung. Folglich nahmen sich andere Organisationen und Medien, die weniger journalistischen Standards als vielmehr einer Agenda verpflichtet waren, dieser an. Sie machten sich einen sehr spezifischen Menschenrechtsbegriff zu eigen und profilierten sich mit dem Thema Ausreise im Kalten Krieg und vor der bundesdeutschen Öffentlichkeit. In diesem grenzüberschreitenden Spannungsfeld entwickelte sich die Geschichte einer mehr als unwahrscheinlichen Massenmigration über die am besten gesicherte Grenze der Welt.

Dieses Buch versucht, die Dynamiken der Teilung (von der militärischen Grenzsicherung bis zur »Mauer im Kopf«) und der Verflechtung (von zwischenstaatlichen Verhandlungen bis zum unbezwingbaren persönlichen Übersiedlungswillen) gemeinsam in einer integrierten Zeitgeschichte Deutschlands zu betrachten. Diese Dynamiken bedingten sich gegenseitig und führten in eine Gesellschaftsgeschichte voller Widersprüche. Denn die Mauer zwang zugleich auseinander und zusammen. Auch wenn der Blick nach Moskau oder Westeuropa gerichtet war, im Kern blieben beide Staaten und Bevölkerungen durch die innerdeutsche Grenze ge- und verbunden. Fortwährend musste ausgehandelt werden, was die Präsenz der Mauer für die Politik, die Kultur und das Leben bedeutete. So rahmte die Mauer auf ihren beiden Seiten die Möglichkeiten dessen, was Deutschland im Kalten Krieg sein konnte. Sie wirkte weit über den Grenzraum hinaus; es entstand die Mauergesellschaft. Darunter verstehe ich grob gesprochen jenen gesellschaftshistorischen Zustand, in dem die durchgrenzte deutsche Gesellschaft aushandeln musste, ob und wie sie noch zusammengehörte. Dabei war die Nation eine größtenteils entleerte rhetorische Verweisgröße. Antworten auf diese Fragen zeigten sich ohnehin nicht in Begriffen, sondern vor allem in sozialen Praktiken. Hierbei gab es kein Kontinuum der Teilung. Sie wurde immer wieder aufs Neue gefestigt und hinterfragt. Erachten wir dies als den Grundansatz für die deutsche Zeitgeschichte, fällt der Blick weniger auf die Geschichte eines »geteilten Landes«, wie es ein gängiger Terminus behauptet. Im Vergleich zum Handeln und Denken war die

politische Teilung in zwei Länder bzw. Staaten verhältnismäßig einfach. Was – im doppelten Wortsinn – geteilt wurde, war die Gesellschaft. Und diese Teilung war komplizierter, kurzum kein Vorgang, sondern ein Prozess. Denn obwohl die Mauer die deutsche Gesellschaft physisch in zwei Teile schnitt, blieben wichtige Kontaktzonen bestehen. Aufgrund erleichterter Kommunikationsmöglichkeiten, verbesserter technischer Möglichkeiten und politischer Entscheidungen erweiterten sie sich im Laufe der Zeit sogar. Die deutsche Gesellschaft veränderte ihren Charakter entsprechend ihren Praktiken von Verflechtung und Teilung. Aber in ihren Formen und ihren Modi blieb sie durch die Grenze konstituiert. Diese Widersprüchlichkeit machte die deutsche Gesellschaft im Verlauf des Kalten Krieges zur Mauergesellschaft.

Nichts hinterfragte die Mauer so sehr wie der Wille, sie physisch zu überwinden. Neben Migrationsversuche traten rhetorische und politische Grenzüberschreitungen sowie Maßnahmen der Abgrenzung und Grenzsicherung. Dieses Wechselspiel schuf das, was in der Forschung ein »Migrationsregime« genannt wird: die grenzüberschreitende Aushandlung von Positionen und Machtbeziehungen zwischen allen involvierten Akteuren über die Möglichkeiten, Begrenzungen, Erleichterungen oder die Verhinderung von Migration.⁹ Als eine »Arena« umfasste das deutsch-deutsche Migrationsregime dabei als *primäre Akteure* die potentiellen und prospektiven Migranten aus der DDR ebenso wie ihr persönliches oder weiteres Beziehungsgeflecht. Ohne sie hätte es das »Problem« und damit auch den Aushandlungsbereich »Migration« im internationalen Regime nicht gegeben. Daneben befanden sich vornehmlich staatliche Instanzen, die als *sekundäre Akteure* versuchten, teilweise in enger Beziehung zu Migranten und teilweise in den abstrakten Höhen internationaler Politik und Diplomatie, die Migrationsbedingungen der Mauergesellschaft zu regulieren. Dies geschah zunehmend eingebunden in internationale Beziehungen und Verpflichtungen. Die permanente Kollision zwischen migrantischem Handeln und gouvernementalem Regulierungsbedürfnis brachte immerfort unerwünschte Themen in die Öffentlichkeit, schuf Präze-

9 Ausführlich dazu Christoph Rass und Frank Wolff, »What Is In a Migration Regime?«, in: *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?*, hg. von Andreas Pott, Christoph Rass und Frank Wolff (Wiesbaden: Springer VS, 2018), 19-64.

denzfälle und Raum für Eigensinn, inspirierte Gemunkel und Gerüchte und forderte Strukturen heraus. Hierbei kamen die *tertiären Akteure* des Migrationsregimes ins Spiel: jene, die das Thema in die Öffentlichkeit trugen und diskursiven Einfluss ausübten. Ihr Deutungsanspruch formte den Blick auf die Teilung und die Ausreisemaßgeblich und nachhaltig. Dies hatte praktische Konsequenzen, sei es in der Verschiebung politischer Möglichkeiten, sei es ganz konkret, wenn prospektive Migranten die Medienöffentlichkeit nutzten, um ihren Ersuchen Vortrieb zu verleihen. Die Dynamik zwischen diesen Akteuren abzubilden und damit mittels eines neuen Blicks auf die deutsche Zeitgeschichte eine Methodik für die Tiefenanalyse eines Migrationsregimes zu entwickeln ist eines der zentralen Anliegen dieses Buches. Dabei dient der oft benannte »Querschnittscharakter« von Migration als Fokus, um letztlich die über Migration hinausgehende Geschichte einer durchgrenzten Gesellschaft zu ergründen.¹⁰

Die eingangs angeführten drei Episoden rahmen also das thematische Feld einer Zeitgeschichte der Mauergesellschaft stehen. Darüber hinaus geben sie dem Buch seine Struktur, indem sie für die drei entscheidenden Phasen der Mauergesellschaft stehen. In den Jahren nach dieser »zweite[n] Teilung« Deutschlands« versuchten nicht nur Berliner, sondern Deutsche in Dresden und Kassel, Magdeburg und München auf zahllosen Familientreffen, in Briefwechseln oder im stillen Kämmerlein zu klären, was die Mauer für sie bedeutete.¹¹ Die staatlichen Akteure beiderseits der Grenze verhielten sich nicht anders. Auch für sie war der Bau der Mauer ein Novum. So mussten anfangs sowohl die Bevölkerungen als auch die – im Rückblick häufig als viel zu vorausschauende Akteure konzipierten – Staaten überhaupt erst einmal herausfinden, welche *Ordnung* sich inner- und zwischenstaatlich nach dem Bau der Mauer entwickelte und entwerfen ließ. Diese im ersten Buchteil untersuchte Phase klang Ende der 1960er Jahre mit der Einführung der Staats-

10 Zu den positiven Folgen der Verknüpfung zahlreicher sonst aufgrund disziplinärer Routinen weniger verbundener Felder durch die Betrachtung von Migration siehe z. B. für die Rechtswissenschaft Daniel Thym, »Migrationsfolgenrecht«, in: *Veröffentlichung der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer* 76 (2017), 173-6.

11 Zit. Klaus Schroeder, *Der SED-Staat: Geschichte und Strukturen der DDR, 1949-1990*, 3., vollständig überarb. und stark erw. Neuausg. (Köln, Weimar: Böhlau, 2013), 202.

bürgerschaft der DDR und der Amtsaufnahme der sozialliberalen Regierungskoalition aus. Ihr folgte mit der deutsch-deutschen Annäherung die im zweiten Buchteil betrachtete Kernfrage, wie sich in Zeiten staatlicher Teilung und gleichzeitiger gesellschaftlicher Verflechtung *Kontakte* gestalten ließen. Waren Anrufe, Briefe, Päckchen und Besuche legitime Ausdrücke der Lebensrealität der Teilung, scharf zu kontrollierende Privilegien oder untergruben sie sogar die Ordnung, indem sie letztlich zur Ausreise anstifteten? Und wer kommunizierte eigentlich: Mitglieder einer gemeinsamen Nation oder lediglich Angehörige zweier Staaten? So politisierte die Zweistaatlichkeit selbst sehr private Beziehungen. Alle involvierten Akteure waren bestrebt, das für sich zu nutzen, was die dritte Phase einläutete. Entsprechend verdeutlicht der dritte Buchteil, wie die Frage nach der praktischen Relevanz der *Menschenrechte* an Bedeutung gewann, vor allem, weil immer mehr Ausreisewillige diese einforderten. Auf der Basis internationaler Dokumente und individueller Kontakte versuchten sie, per Sprache und Lebensgestaltung im Unrechtsstaat die Menschenrechte als individuelles Recht zu mobilisieren. Ihre Anliegen wurden ein Thema für eine Vielzahl an Akteuren von der politischen Führung über den Sicherheitsapparat und die um die Aufnahmekapazitäten der BRD besorgten Bundesbürger bis zur DDR-Opposition, die angesichts ihres Wunsches einer innerstaatlichen Reform äußerst ambivalent auf die universelle Einforderung von Menschenrechten reagierte. Als »Ikonen des Kalten Krieges« waren die oft als »Mauerflüchtlinge« bezeichneten Ausreisenden von großer Relevanz für den globalen Bedeutungszuwachs der Menschenrechte ab Ende der 1970er Jahre.¹² Ihre Geschichte macht die Mobilisierungsdynamiken der Menschenrechte als »letzter Utopie« konkret nachvollziehbar, wobei sich an der Geschichte der Mauergesellschaft zeigt, dass die von dem Rechtswissenschaftler und Historiker Samuel Moyn als Retter der Menschenrechte gepriesenen NGOs vor allem den Handlungshintergrund schufen für die den Ausgang des Kalten Krieges mitentscheidende Beharrlichkeit Hunderttausender Individuen.¹³

12 Zit. n. Philipp Ther, *Die Außenseiter: Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa* (Berlin: Suhrkamp, 2017), 249.

13 Zur »kurzen Geschichte« der Menschenrechte als letzte »überlebende« Utopie des 20. Jahrhunderts siehe v. a. Samuel Moyn, *The Last Utopia: Human Rights in History* (Cambridge/Mass.: Harvard University Press, 2010).

Entsprechend diesen drei Phasen – jener der *Ordnungssuche*, jener der Frage der *Kontakte* und jener der erfolgreichen Mobilisierung der *Menschenrechte* – gliedert sich diese Geschichte der Mauerergesellschaft. In ihr schildere ich somit auch die überraschende Geschichte, dass ausgerechnet die mit der Mauer einhergehenden eklatanten Verstöße gegen die Menschenrechte auf lange Sicht die Debatte über diese stärkten. Der aggregierte Effekt war gewaltig, denn letztlich brachte die massenhafte »hartnäckige«¹⁴ Berufung auf die Menschenrechte – und eben nicht auf die seit 1990 besungene Nation – die Mauer zum Einsturz.

Die Mauer – nicht nur Grenze, sondern Zustand

Diese Phase eint eine gemeinsame Voraussetzung: die Existenz der Berliner Mauer. Einerseits war sie der perfide letzte Baustein in einem knapp ein Jahrzehnt lang anwachsenden Grenzsystem des SED-Staates, das in erster Linie der Migrationsverhinderung von Ost nach West diente. Andererseits läutete die SED-Führung mit dem Mauerbau eine neue Epoche der Geschichte der DDR, beider deutschen Staaten und ihrer Beziehungen, der scheinbar getrennten Bevölkerungen, ja des Kalten Krieges ein. Anders als der schleichende Ausbau der innerdeutschen Grenze in den 1950er Jahren, der vor allem die unmittelbaren Grenzregionen zu Grenzgesellschaften transformierte, definierte die Berliner Mauer eine grund-

14 Bei dem Begriff der Hartnäckigkeit handelt es sich um eine zweischneidige Kategorie. Einerseits stellte die *Einschätzung* als »hartnäckig« ein wichtiges Element dafür dar, dass der SED-Staat eine Person als störend und nicht rückgewinnbar erachtete, damit sich die Rechnung des MfS zugunsten des Ausreisebegehrens verschob. Andererseits ging die *Einstufung* als »hartnäckig« mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Überwachung, Repressionen und vor allem nach Einführung des Strafgesetzbuches der DDR 1968 auch Strafverfolgung einher. Entsprechend verwende ich diesen Begriff in meinem Buch kontextabhängig als Analysebegriff einer Handlungsform zum Zwecke der Ausreise und als Quellenbegriff, der als Grundlage repressiver Herrschaftsausübung des Staates diene. Während ich bei Ersterem teilweise auch den Begriff der Unnachgiebigkeit verwende, dient mir die synonyme Nutzung von »hartnäckig« auch dazu, die Willkürlichkeit der Überwachungsentscheidungen und Strafverfolgung begrifflich abzubilden – eben gerade *weil* es im SED-Staatsapparat keine festen juristischen Regeln, sondern nur machtbasierete Entscheidungen gab, wann das eine in das andere überging.

sätzlich neue Situation für die gesamte Politik und Bevölkerung beider Seiten.¹⁵ Mit Beton, Verhaltensregeln und Schießbefehl sollte die Mauer als hermetischer Grenzstatus eine bereits starken Zentrifugalkräften ausgesetzte Gesellschaft gänzlich zerteilen.

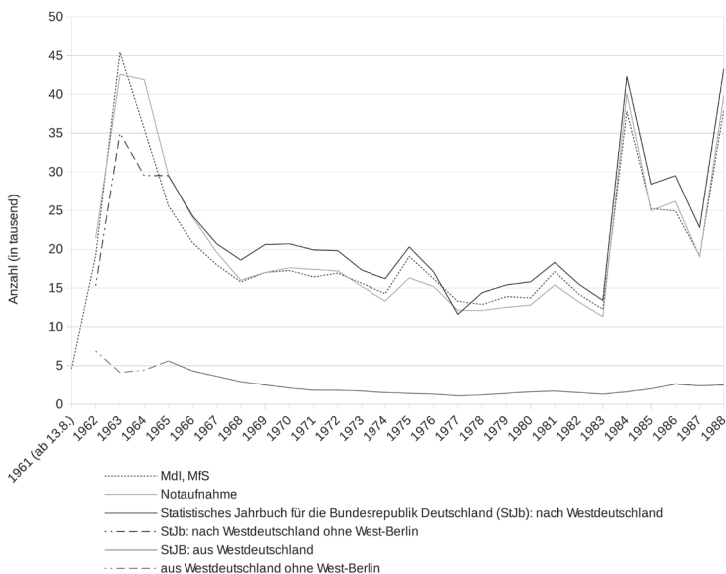
Als Primäreffekt verstummte die millionenfache »Abstimmung mit den Füßen«. Dies beruhigte die seit Beginn der zweiten Berlin-Krise 1958 hochbrisante Konfliktzone des Kalten Krieges. Doch der Rückgang der Grenzübertritte beendete keineswegs die Konflikte um die Abwanderung. Sie begannen vielmehr gerade erst. Denn die Mauer etablierte eine neue Norm: die volle Kontrolle des SED-Staates über seine Grenzen und damit über die Migrationsbewegung und letztlich selbst den Migrationsgedanken. Dieser Anspruch war ideell in die Mauer eingelassen. Eine jede Abweichung hinterfragte grundlegend ihre Existenz – und damit jene Macht, die zu schützen ja gerade der Auftrag der Mauer war.¹⁶ So verkehrten sich als Sekundäreffekt die Bedürfnisse langsam in ihr Gegenteil: Hatte der SED-Staat die Mauer gebaut, um mit ihr die Migration zu kontrollieren, benötigte die Mauer nun stete Schutzmaßnahmen, um nicht durch Abwanderung destabilisiert zu werden. Damit drohte der Mauer nicht in erster Linie an der Grenze ihre Schwächung, sondern vor allem aus der Gesellschaft heraus. Je höher die Mauer wuchs, je breiter die Grenzstreifen wurden, je mehr Gesetze und Verordnungen sie absichern sollten, desto mehr Personen drängten allen Repressionen zum Trotz auf legalem Wege aus dem Staat. In der Trias aus Mauer, Migration und Menschenrechten schuf die Herrschaftstechnik der Mauer die Widerstandstechnik der Ausreisebemühungen.

Entgegen landläufiger Meinung sind die Zahlen der deutsch-deutschen Migration beeindruckend. In den 28 Jahren, in denen die Mauer Bestand hatte, verließen ungefähr 787 000 DDR-Bürger

15 Zum Wandel der Grenzregionen v. a. in den 1950er Jahren siehe insbesondere Edith Sheffer, *Burned Bridge: How East and West Germans Made the Iron Curtain* (Oxford u. a.: Oxford University Press, 2011); Sagi Schaefer, *States of Division: Border and Boundary Formation in Cold War Rural Germany* (Oxford: Oxford University Press, 2014).

16 Damit ist auch die Berliner Mauer von genau jener Ambivalenz aus Souveränitätsanspruch und Souveränitätsgefährdung gekennzeichnet, die Wendy Brown als das Kennzeichen der Mauern im 21. Jahrhundert ausmacht; Wendy Brown, *Mauern. Die neue Abschottung und der Niedergang der Souveränität* (Berlin: Suhrkamp, 2018), 68.

Tafel 1: Übersiedlungsstatistiken ost- und westdeutscher Institutionen im Vergleich 13. August 1961–31. Dezember 1988.



Quelle: Eigene Berechnung nach Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart, Mainz: Kohlhammer; verwendete Jahrgänge: 1962–1989; Bundesminister des Innern, *Bestandsaufnahme der Eingliederungshilfen von Bund und Ländern für Aussiedler und für Zuwanderer aus der DDR und Berlin (Ost): mit einer Analyse des Bedarfs* (Bonn: Bundesminister des Innern, 1988). BStU AdZ, ZAIG, 27 895, 102.

den mit rund 15 Millionen Einwohnern kleinen und zudem ständig schrumpfenden zweiten deutschen Staat (siehe Tafel 1, S. 19) ins Bundesgebiet oder West-Berlin.¹⁷ Viele mehr kämpften für ihre Ausreise. So konnten sich im Jahr 1988 25 263 Ausreisewillige dieses Recht erstreiten, weitere 155 905 stellten einen Antrag. Die Zahl derer, die sich um eine Bewilligung bemühten, übertraf die derjenigen, denen eine Erlaubnis erteilt wurde, um das Sechsfache – ein

¹⁷ BStU AdZ, ZAIG, 27 895, 102.

massiver Unruheherd im immer fragiler werdenden SED-Staat. Allein 1988 wurden doppelt so viele Neuanträge gestellt wie alte genehmigt. Die »hartnäckig« für ihre Ausreise Streitenden wurden zur eigentlichen Last für den Staat. Während Frustration um sich griff und die Stimmung im Land kippte, artikulierten diese Menschen ihre Wünsche immer offener und stellten so die grundlegende Maxime des SED-Staates – die politisch, persönlich und moralisch unbedingte Bleibepflicht der Bürger – infrage. Das Jahr 1988 war dahingehend keine Ausnahme, sondern vielmehr das letzte »normale« Jahr vor der Selbstabschaffung der Mauergesellschaft im Jahr 1989. Die Antragsteller hielten einen immensen Verwaltungs- und Repressionsapparat auf Trab, der sie zu marginalisieren und zu unterdrücken hatte, um auch den Rest der Bevölkerung zu disziplinieren. Schließlich spielten ungleich viele mehr mit dem Gedanken eines Ausreiseantrags, scheuten aber (vorerst) die Gefahr oder die zu erwartenden harten Repressionen. Besonders deutlich wurde diese Situation in einer Antragswelle ab dem Spätsommer 1989, als die Autorität des SED-Staates bereits ins Wanken geraten, die Mauer aber noch geschlossen war.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ausreisestatistiken nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen verschiedenen Institutionen schwanken.¹⁸ Die Daten wurden mit unterschiedlicher Kenntnis und abweichenden Interessen aufgenommen, was die Werte beeinflusst.¹⁹ Im *Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland* wurden etwa offizielle Wohnortummeldungen registriert. Die Ausreise mit Zwischenmeldung über Drittländer wurde nicht abgebildet, eine Feingliederung ist daher kaum möglich. Die bundesdeutschen Notaufnahmestatistiken enthalten nur jene Personen, die einen streng regulierten administrativen Prozess in den Notaufnahmelagern durchliefen. Die als Staatsgeheimnisse eingestuft und nur einer Handvoll Mitarbeitern zugänglichen

18 Siehe dazu auch Frank Wolff, »Deutsch-deutsche Migrationsverhältnisse: Strategien staatlicher Regulierung 1945-1989«, in: *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, hg. von Jochen Oltmer (Berlin, Boston: De Gruyter, 2016), 773-814.

19 Für eine Diskussion der westdeutschen Statistiken siehe Bettina Effner und Helge Heidemeyer, »Die Flucht in Zahlen«, in: *Flucht im geteilten Deutschland: Erinnerungsstätte Notaufnahmehager Marienfelde*, hg. von Bettina Effner und Helge Heidemeyer (Berlin: be.bra verlag, 2005), 31.